Kontakt- und Beratungsstelle für Flüchtlinge und Migrant_innen e.V.

Tätigkeitsbericht für das Jahr 2022

Kontakt- und Beratungsstelle für Flüchtlinge und Migrant_innen e.V.
Oranienstr. 159, 10969 Berlin, Tel. 030/6149400, https://kub-berlin.org

Inhaltsverzeichnis

1 Vorwort **3**

2 Einzelfallhilfe **4**

2.1 Offene Rechtsberatung 4

2.1.1 Themen der Beratung 5

2.1.2 Leitlinien und Zielsetzung der Beratung 8

2.1.3 Zusammensetzung des Teams 8

2.1.4 Qualifizierung der haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen 9

2.1.5 Kooperation mit anderen Fachgruppen der KuB 11

2.1.6 Vernetzung & Kooperation 11

2.1.7 Zahlen der offenen Rechtsberatung 13

2.2 Niedrigschwellige Sozialberatung & Ausfüllhilfe 14

2.3 Psychosoziale Beratung 16

2.4 Frauenberatung 18

2.4.1 Zahlenmäßige Darstellung der Beratungstätigkeit 18

2.4.2 Inhaltliche Darstellung der Beratungstätigkeit 18

2.5 Sprachmittlung und Begleitung 21

3 Gruppenangebote **24**

3.1 Deutsch lernen 24

3.1.1 Alphabetisierungs- und Deutschkurse 24

3.1.2 Sprachtandem 27

3.1.3 Deutschkurs-Netzwerk “Deutschkurse für alle!” 27

3.1.4 Ausflüge 28
3.2 Kunstprojekt 29

4 Sonstige Projekte **33**
4.1 Hörbücherei für persisch sprechende Blinde 33
4.2 Referent*innenpool 34

5 Vereinsarbeit **35**
5.1 Gremien- und Öffentlichkeitsarbeit 35
5.2 Team und Arbeitsweise 38

Kapitel 1

Vorwort

Die Kontakt- und Beratungsstelle für Flüchtlinge und Migrant_innen e. V. (KuB) ist ein gemeinnütziger Verein in Berlin-Kreuzberg. Die KuB gibt es seit 1983. Wir unterstützen Geflüchtete und Migrant*innen aus aller Welt. Wir beraten bei Fragen zum Asylrecht und zum Aufenthaltsrecht. Wir unterstützen bei psychischen und sozialen Problemen. Wir finden, dass allen Menschen ein sicherer Aufenthaltsstatus und politische, soziale und ökonomische Gleichstellung zustehen.

Dieser Bericht gibt einen Überblick über die Arbeit der verschiedenen Fachgruppen der KuB für das Jahr 2022.

Kapitel 2

Einzelfallhilfe

2.1 Offene Rechtsberatung

Obwohl die Pandemie auch in 2022 unsere Arbeit weiterhin beeinflusst, konnte die Rechtsberatung im Juli dieses Jahres endlich zu einer offenen Rechtsberatung zurückkehren und bietet somit wieder wie vor 2020 an vier Tagen in der Woche offene Sprechstunden an. Über zwei Jahre lang hat die Beratung pandemiebedingt ausschließlich mit vorheriger Terminvereinbarung gearbeitet; Dabei wurde allerdings festgestellt, dass z.B. sprachliche Barrieren bei der telefonischen Terminvereinbarung für einige Ratsuchende eine erhebliche Hürde darstellten. Nach eingehender Diskussion wurde deshalb die Entscheidung getroffen, zu einem offenen Konzept zurückzukehren. Ausschlaggebend für diese Entscheidung war der Wunsch, unser Beratungsangebot möglichst niedrigschwellig zu gestalten. Dabei wird dennoch weiterhin eine eingeschränkte Terminberatung für Ratsuchende angeboten, für die das offene Beratungsangebot wiederum schwer in Anspruch zu nehmen sein könnte (z.B. bei konkurrierenden Arbeits- oder Kinderbetreuungsverpflichtungen). Wie viele andere Einrichtungen haben auch wir also uns in diesem dritten Jahr der Pandemie bemüht, ein tragbares Gleichgewicht zwischen der Bedeutung des Infektionsschutzes und der Aufrechterhaltung eines zugänglichen Beratungsangebots auszuhandeln.

Auf diese Weise war es uns möglich, weiterhin eine hohe Anzahl von Beratungen anzubieten und gleichzeitig die Hürden beim Zugang zur Beratung zu senken. Im Jahr 2022 erfolgten insgesamt 2396 Beratungen[1]. Dies war ein Anstieg gegenüber 2021 (2241) und sogar leicht über dem Niveau vor der Pandemie von 2019 (2321). Die KuB bleibt somit eine der wichtigen Anlaufstellen für Menschen mit aufenthaltsrechtlichen Fragestellungen in Berlin.

Das Beratungsangebot der offenen Rechtsberatung richtet sich dabei an Geflüchtete und Migrant*innen mit asyl-, aufenthalts- und sozialrechtlichen Fragen und hat somit potentiell alle Drittstaatangehörigen als Zielgruppe. Hierzu zählen alle „Ausländer“, die nicht als EU-Bürger*in unter das Freizügigkeitsgesetz fallen.

Die Rechtsberatung sowie Erstorientierung findet regulär an vier Tagen die Woche statt (Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag). In der Regel finden in diesen Zeitabschnitten 3-4 Beratungen von 45-60 Minuten statt. Folgetermine für besonders komplexe Fallkonstellationen finden hauptsächlich mit Nachmittagsterminen statt.

Als besonders problematisch stellt sich weiterhin die Arbeit und Erreichbarkeit der Behörden während der Pandemie dar, insbesondere des Landesamts für Einwanderung. Ständige und teils abrupte Änderungen der Zugangsvoraussetzungen, Abweisung von Klient*innen mit dringenden Anliegen und auf Wochen ausgebuchte Termine sind nur einige der Probleme, die sich zu den bereits vor der Pandemie existierenden Schwierigkeiten addiert haben.

2.1.1 Themen der Beratung

Das Beratungsangebot der KuB wird primär durch Menschen mit prekärem Aufenthaltsstatus und/oder geringen finanziellen Mitteln in Anspruch genommen. Von den insgesamt 2374 durchgeführten Beratungen hatten 1432 einen Schwerpunkt im Asylrecht, 1592 im Aufent-

[1] In der Statistik enthalten sind ausschließlich die durch die Fachgruppe Beratung durchgeführte Beratungsgespräche. Darüber hinaus werden durch das Büro- und Empfangsteam (Erstkontakt) eine Vielzahl von Aufgaben und Hilfestellungen übernommen. Die Mitarbeiter*innen des Erstkontakts helfen den Klient*innen unter anderem beim Ausfüllen und Schreiben von Anträgen sowie bei der Weiterleitung an entsprechende Institutionen und Fachstellen. Ebenfalls nicht statistisch erfasst ist die Nachfrage nach dem Beratungsangebot der KuB. Leider müssen regelmäßig Ratsuchende aus Kapazitätsgründen abgewiesen bzw. an andere Beratungsstellen verwiesen werden. Alle in diesem Teil genannten Zahlen stellen den Stand vom 22.12.2022 wieder.

haltsrecht und 963 im Sozialrecht, wobei in einer Beratung auch mehrere Themen zum Gegenstand werden können. Insgesamt wurden 1494 Schriftstücke verfasst, ein leichter Anstieg im Vergleich zu 2021, und 286 Ratsuchende weitervermittelt. Im Rahmen des Themenschwerpunkts Asylrecht wurde in 191 Fällen eine Asylanhörungsvorbereitung durchgeführt, ein erheblicher Anstieg von 241% im Vergleich zu 2021, und in 282 Fällen wurde das Thema Dublinverfahren besprochen, ein Anstieg von 57% im Vergleich zu 2021. Im Vergleich zu den letzten Jahren der Terminberatung, in denen diese Themen deutlich weniger häufig auftauchten, ist diese Entwicklung ein Zeichen dafür, dass es uns in diesem Jahr gelungen ist, Menschen wieder bereits in einem fühen Stadium des Asylverfahrens zu erreichen.

An ca. 27% aller Beratungen waren Personen beteiligt, die einen besonderen Schutzbedarf hatten; Der Anteil blieb im Vergleich zum Vorjahr ungefähr gleich. Insbesondere gab es viele Ratsuchende, die alleinerziehend sind oder mit schweren körperlichen Krankheiten leben.

Groß ist der Anteil derjenigen, die über keine Aufenthaltserlaubnis verfügen. Knapp 28% der Ratsuchenden waren entweder geduldet, hatten eine Grenzübertrittbescheinigung oder waren ohne Papiere. Insbesondere für diese Personengruppe stellt die KuB in der Berliner Beratungslandschaft eine wichtige Anlaufstelle dar.

Nach der Machtübernahme der Taliban hatten wir auch im Jahr 2022 besonders viele Beratungsanfragen von Ratsuchenden aus Afghanistan. Asylerst- und Folgeanträge, Sorgen um Familie und Freund*innen, Beratungen zu Möglichkeiten der Familienzusammenführung und Unsicherheiten über das lange verzögerte Bundesaufnahmeprogramm waren dabei häufig Thema in unseren Beratungen.

Auch der Ausbruch des Krieges in der Ukraine führte zu einem erheblichen Anstieg der Beratungsanfragen. Mehrere Monate lang haben wir einen zusätzlichen Beratungstag geschaffen, um den vielen Anfragen in diesem Zusammenhang gerecht zu werden. Angesichts des asyl- und aufenthaltsrechtlichen Schwerpunkts unserer Beratung wurde unser Beratungsangebot vor allem von drittstaatsangehörigen Geflüchteten aus der Ukraine in Anspruch genommen, deren aufenthaltsrechtliche Situation im Vergleich oft von großer Unsicherheit geprägt war. Während mit der Anwendung der Massenzustromrichtlinie durch die EU vorübergehender Schutz für einige ermöglicht wurde, wurden andere davon ausgeschlossen.

Die rechtliche Situation der vielen in der Ukraine lebenden Drittstaatsangehörigen, darunter viele Studierenden, war über lange Zeit unklar und bleibt es in vielen Fällen auch weiterhin. Diese Gruppe benötigte oft wiederholte Beratung, da sich die rechtliche Situation teilweise von Woche zu Woche stark veränderte und weiterentwickelte. Viele Beratungsanfragen erreichten uns außerdem von Regimekritiker*innen und Wehrdienstverweigerer*innen aus der Russischen Föderation und Belarus.

Weiterhin eine beachtliche Rolle in der Beratung spielten das aufenthaltsrechtliche Instrument der Duldung, Probleme rund um die Gesundheit und medizinische Versorgung sowie Fragen zur Schwangerschaft und Geburt, Beratungsbedarf zum Thema Unterbringung und die Themen Familiennachzug sowie die Aufenthaltserlaubnis aus familiären Gründen. Häufig korrelierten dabei Fragen zum Asyl- und Aufenthaltsrecht mit Fragen zum Bezug von Sozialleistungen und zur Unterbringung. Einen bedeutenden Anteil der Beratungen betraf zudem das Thema Passangelegenheit, worunter häufig Fragen der Identitätsklärung, insbesondere im Zusammenhang mit der „Duldung für Personen mit ungeklärter Identität“, fallen. Auch Fragen aus den Bereichen Strafrecht, Mietrecht, Arbeitsrecht und Familienrecht kommen regelmäßig in der Beratungen auf, wobei hierzu vor allem eine Verweisberatung stattfindet.

Beachtlich war, dass, wie schon in den Jahren zuvor, in keiner Beratung die 2019 neu geschaffene Beschäftigungsduldung zum Thema wurde. Die Ausbildungsduldung war hingegen in ca. 8% der Beratungen Thema.

Ein weiterhin nicht zu vernachlässigender Aspekt der gesamten Beratungstätigkeit der KuB ist die Aufklärungsarbeit über das deutsche Rechtssystem im Allgemeinen, über Abläufe, Prozesse, Verfahren, Behörden, Gerichte, Fristen und Zuständigkeiten. Die Ratsuchenden wurden über ihre Rechte und die diversen Instrumente des Rechtssystems informiert: Antrag, Anhörung, Beratungs- und Prozesskostenhilfe, Widerspruch, Klage, Eilantrag, Einspruch usw. Regelmäßig blieb es nicht nur bei der bloßen Clearing-Tätigkeit und Hilfe zur Erstorientierung. Die KuB unterstützt ihre Klient*innen bei der Wahrnehmung und Durchsetzung ihrer Rechte. Wichtig hierbei ist die Überwindung sprachlicher und institutioneller Hürden durch Sprachmittler*innen und Begleiter*innen. Auch hier zeigte sich durch die Pandemie, wie wichtig diese Tätigkeit ist, wenn andere Stellen nicht zugänglich waren. Die Be-

ratung übernimmt eine wichtige Mittlerfunktion zwischen Ratsuchenden und Anwält*innen, Behörden und öffentlichen Stellen.

Da sich das Beratungsangebot der KuB an alle Drittstaatsangehörige unabhängig ihres Herkunftslandes, Aufenthaltstitels oder etwaiger „Bleibeperspektiven“ richtet, nehmen auch viele Migrant*innen aus Nicht-EU-Staaten die aufenthaltsrechtliche Beratung der KuB wahr. Hier geht es meist um Erteilung oder Verlängerung einer Aufenthaltserlaubnis zum Zwecke des Studiums oder der Beschäftigung sowie aus familiären Gründen.

2.1.2 Leitlinien und Zielsetzung der Beratung

Unsere Beratungs-, Begleitungs- und Betreuungstätigkeit ist an den Bedürfnissen und der Autonomie der Klient*innen orientiert. Wir verstehen die Ratsuchenden als selbständige Personen, die wir durch entsprechende Beratung und praktische Solidarität in die Lage versetzen möchten, fundierte Entscheidungen treffen zu können, ihre Rechte selbst einzufordern sowie eigenständig für sich und andere Verantwortung zu übernehmen. Die KuB legt großen Wert auf eine klient*innenbezogene und diskriminierungssensible Beratung. Den Ratsuchenden wird hier Raum für möglichst hierarchie- und barrierefreie Kommunikation gegeben, um sie so lebensnah und effektiv wie möglich zu beraten und ihnen eine Hilfe zur Selbsthilfe zu sein.

In der Beratung gilt es uns als oberster Maßstab, die Bedürfnisse der Klient*innen bestmöglich zu respektieren. Durch kompetente Beratung und Hilfestellung versuchen wir sie in die Lage zu versetzen, ein gleichberechtigtes Leben in Deutschland führen sowie eigenverantwortliche Entscheidungen treffen und in die Tat umsetzen zu können.

2.1.3 Zusammensetzung des Teams

Die rechtliche Beratung wird ebenso wie die meisten Angebote der KuB durch ehrenamtliche Mitarbeiter*innen sowie durch bezahlte Stellen durchgeführt. Es gab 2022 insgesamt fünf Teilzeitstellen in der offenen Beratung mit Stundenanteilen zwischen 12 und 25 Stunden pro Woche, wobei eine Stelle während der Rückkehr eines Beraters aus der Elternzeit ge-

teilt wurde und zwei Beraterinnen, die zuvor als Ehrenamtliche tätig waren, zusätzlich einen Minijob für das letzte Quartal 2023 hatten.

Das Berater*innen-Team ist interdisziplinär besetzt. Es besteht aus Jurist*innen, Politikwissenschaftler*innen, Geistes- und Sozialwissenschaftler*innen und Sozialarbeiter*innen, welche zum Teil eigene oder familiäre Flucht- und Migrationserfahrungen besitzen. Daraus resultierte nicht nur eine vielfältige Mutter- und Fremdsprachenkompetenz, sondern auch eine interkulturelle Kompetenz und Sensibilität, welche für einen respekt- und vertrauensvollen Umgang mit den Klient*innen und ihren Anliegen die Grundlage bildete.

Neu hinzugekommene Berater*innen wurden in einem ausführlichen Erstgespräch und durch mehrmaliges Hospitieren sowie durch interne und externe Fortbildungsangebote zudem sensibilisiert und qualifiziert. Der Zugang für hinzukommende Berater*innen war auch 2022 erschwert, da aufgrund von pandemiebedingten Abstandsregeln Hospitationen nicht in allen uns zur Verfügung stehenden Räumen möglich waren. Bewerber*innen mit Migrations- oder Fluchterfahrung werden bei gleich guter Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Eine Vielzahl der Beratungen findet in einer Fremdsprache statt (~72% aller Beratungen). Unsere Berater*innen sprechen zumindest eine oder sogar mehrere Fremdsprachen. Hierdurch konnte im vergangenen Jahr in folgenden Sprachen beraten werden: Arabisch, Dari, Englisch, Farsi, Französisch, Kurdisch, Russisch, Portugiesisch, Spanisch und Türkisch. Beratungen auf Albanisch, Chinesisch, Kroatisch, Polnisch, Rumänisch, Serbisch, Tigrinya und Urdu sowie auf weiteren Sprachen konnten auf Anfrage organisiert werden. Dabei konnten wir auf unseren Pool von Sprachmittler*innen zurückgreifen.

2.1.4 Qualifizierung der haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen

Um die Qualität der Beratung und die Zufriedenheit der ehrenamtlichen Mitarbeitenden zu gewährleisten und auszubauen, finden regelmäßig kollegiale Beratungen statt. Hierzu gehört das monatlich stattfindende (Fachgruppen-)Treffen der Berater*innen (jeden ersten Donnerstag im Monat), bei dem in erster Linie organisatorische Aspekte wie Arbeitsplan, Bewerbungen von Interessierten, Fortbildungen sowie die Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit der Fachgruppe Beratung besprochen werden. Die Treffen bieten darüber hinaus Raum

für Reflexion und Austausch. Grundsatzfragen zum Selbstverständnis sowie zu Beratungsverlauf und -inhalten sind regelmäßig Thema. Anders als 2021 fanden unsere Fachgruppentreffen wieder in erster Linie in Präsenz statt, nur noch vereinzelte Treffen fanden im Falle von Krankheit oder aus organisatorischen Gründen online statt.

In der monatlich stattfindenden Fallbesprechung (jeden dritten Donnerstag) werden Einzelfälle und aktuelle gesetzlichen Entwicklungen diskutiert. Hierbei werden wir durch eine Rechtsanwältin unterstützt, mit der besondere Fragestellungen und Einzelfälle aus der Beratung besprochen werden können. Die Fallbesprechung bietet zudem Gelegenheit, sich über gesammelten Erfahrungen sowie über einen bestmöglichen Beratungsverlauf und Arbeitsweisen auszutauschen.

Ferner gibt es Austauschtreffen, die am zweiten und vierten Donnerstag des Monats stattfinden. Neben dem fachlichen Austausch bieten diese Treffen auch Raum für emotionalen und persönlichen Austausch. Seit diesem Jahr wird alle 3 Monate ein Austauschtreffen für eine Supervision mit Fokus auf rassismussensible Beratung in Zusammenarbeit mit ReachOut genutzt.

Neue Mitarbeiter*innen der Fachgruppe werden durch die Hospitation bei erfahrenen Berater*innen für die Tätigkeit als Berater*in im Bereich Asyl- und Aufenthaltsrecht sowie einen reflektierten Umgang mit der eigenen Rolle geschult. Zentral geht es um die Vermittlung rechtlicher sowie methodischer und weiterer fachlicher Kompetenzen. Dies geschieht vor allem, indem Hospitierende in den Beratungsgesprächen mit dabei sind und im weiteren Verlauf schrittweise eigene Aufgaben bis hin zu gesamten Beratungsgesprächen unter Anleitung übernehmen. Zur Qualifizierung der ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeiter*innen werden diese bestärkt, regelmäßig an internen und externen Fortbildungsangeboten zum Aufenthalts-, Asyl- und Sozialrecht teilzunehmen und das erlernte Wissen anschließend in die Fachgruppe weiterzutragen. KuB-intern wurden Fortbildungen mit kooperierenden Anwält*innen durchgeführt.

Eine besondere Herausforderung für das Beratungsteam ist die teils recht große Fluktuation unter den Engagierten. Einige Berater*innen können nur kurze Zeit Teil des Teams sein oder verlassen dieses noch während der Hospitation. Dennoch konnten wir einige neue haupt-

und ehrenamtliche Kolleg*innen für die Beratung gewinnen, die längerfristig Teil der Fachgruppe sein möchten. Ein Engagement in der Fachgruppe Beratung ist nicht zuletzt zeitlich sehr voraussetzungsvoll und ehrenamtlich oft nur schwer mit Studium, Arbeit und/oder Familie vereinbar. Um den Einstieg zu erleichtern gibt es neben den bereits genannten Elementen des kollegialen Austausches auch ein Mentoring. Bereits länger engagierte Mitarbeitende der FG Beratung unterstützten die Neueinsteiger*innen mit ihrem Erfahrungswissen und dienen als persönliche*r Ansprechpartner*in.

2.1.5 Kooperation mit anderen Fachgruppen der KuB

Die Fachgruppe Beratung steht in engem Kontakt und kollegialen Austausch mit allen Fachgruppen der KuB. Dies wird durch regelmäßige Schnittstellen- und Arbeitstreffen sowie gegenseitige Fortbildungen gestärkt.

Eine Verzahnung der verschiedenen KuB-Angebote ermöglicht eine bedarfsorientierte und ganzheitliche Unterstützung der Ratsuchenden. Hier sind im Besonderen die Weiterleitung an die Deutschkursangebote sowie die psychosoziale Beratung zu nennen sowie die Unterstützungsangebote durch Mitarbeitende der Fachgruppe Erstkontakt etwa zur Ausfüllhilfe bei Formularen zur Prozesskostenhilfe und Beratungshilfescheinen oder bei angrenzenden sozialrechtlichen Anträgen.

Zentral für die Beratung ist ein enger Kontakt mit der Fachgruppe Sprachmittlung und Begleitung. Die Fachgruppe Beratung veranstaltete auch 2022 wieder mehrere Einführungsfortbildungen zum Asyl- und Aufenthaltsrecht für Mitarbeiter*innen der KuB.

2.1.6 Vernetzung & Kooperation

Die Kapazitäten der KuB sind nicht unbegrenzt, während die Problemlagen der Klient*innen oft vielschichtig und komplex sind. Um Versorgungslücken zu schließen, wurden die Netzwerkarbeit forciert und bestehende Kooperationen gepflegt. Die KuB war regelmäßig bei den Sitzungen des Flüchtlingsrates Berlin, beim Treffen der Beratungsstellen sowie bei den Treffen des Berliner Netzwerkes für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge vertreten.

Die Kooperationen mit dem Büro für medizinische Flüchtlingshilfe, ReachOut (Beratungsstelle für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt), dem Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin, dem Migrationsrat Berlin-Brandenburg, dem Beratungs- und Betreuungszentrums für junge Flüchtlinge und Migrant*innen, dem Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, der AWO Berlin-Mitte und dem Zentrum für sexuelle Gesundheit und Familienplanung in Berlin-Charlottenburg wurden weiterhin intensiv gepflegt. Darüber hinaus kooperieren wir unter anderem mit Ban Ying e.V. (Koordinations- und Beratungsstelle gegen Menschenhandel), JOLIBA (Interkulturelles Netzwerk in Berlin e.V.) und ICJA (Freiwilligenaustausch weltweit).

Besonders eng und personell verwoben ist die Kooperation mit dem Kreisverband AWO Berlin-Mitte. Die AWO bietet in den von ihnen betriebenen Erstaufnahmeeinrichtungen eine Asylerstberatungen an. Damit die asyl- und aufenthaltsrechtliche Beratung der Menschen auch nach ihrem Verlassen der Erstaufnahmeeinrichtungen gewährleistet bleibt, findet in der KuB im Rahmen der offenen Beratung die Asylfolgeberatung der AWO statt. Dies ermöglicht zudem eine gezielte Vermittlung an die verschiedenen Angebote und Projekte der KuB, wodurch ein ganzheitliches Angebot besteht.

Die Fachgruppe Beratung steht zudem in regem Austausch mit weiteren Verfahrensberatungsstellen, die ebenfalls durch Mittel des Berliner Senats für Integration und Migration gefördert werden. Es finden gemeinsam von der KuB organisierte Treffen mit der AWO Berlin-Mitte, der Caritas Flüchtlingsberatung, dem Diakoniewerk Simeon, dem Beratungs- und Betreuungszentrums für junge Flüchtlinge und Migrant*innen, dem Verein iranischer Flüchtlinge, der Schwulenberatung, Yaar e.V., Yekmal. Verein der Eltern aus Kurdistan sowie Xenion e.V. statt. Hierdurch wurde bereits seit vielen Jahren bestehende Kontakte intensiviert und institutionalisiert. Ergänzt wurden die Netzwerktreffen zudem durch drei gemeinsame Fallbesprechungen, bei denen verschiedene Fachanwält*innen für die Fragen aus den Beratungsstellen zur Verfügung standen. Die Vernetzung und Kooperation mit anderen Organisationen und Vereinen ist für eine bedarfsgerechte und umfassende Flüchtlingshilfe unerlässlich. Daher soll auch in Zukunft die Netzwerkarbeit intensiviert und ausgebaut werden.

2.1.7 Zahlen der offenen Rechtsberatung

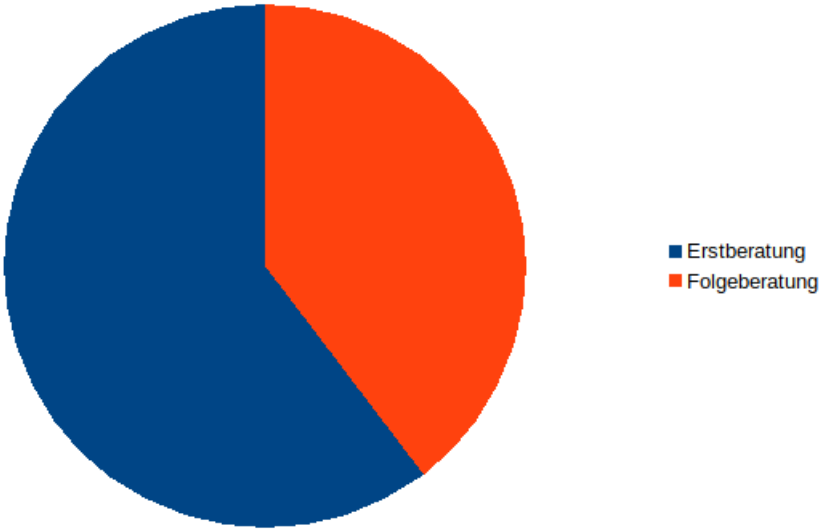

Abbildung 2.1: Verhältnis von Erst- und Folgeberatung

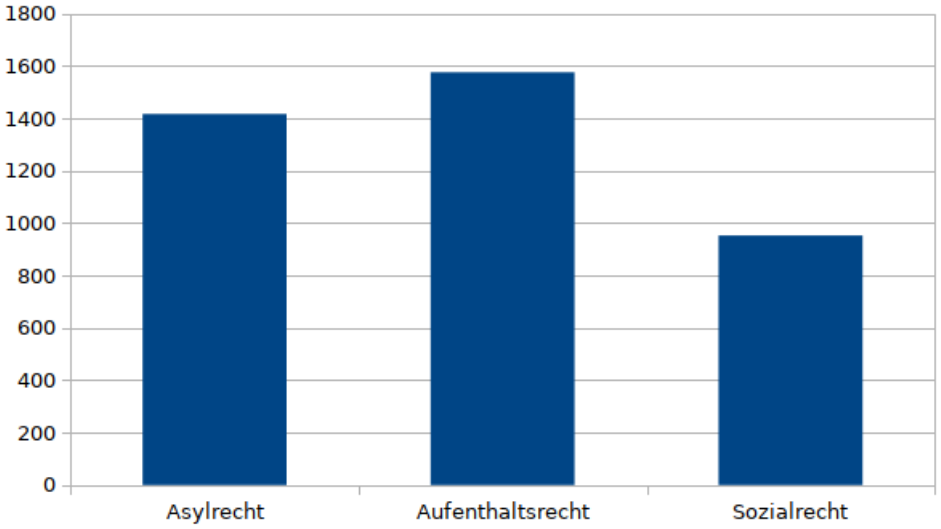

Abbildung 2.2: Anteil der beratenden Rechtsgebiete

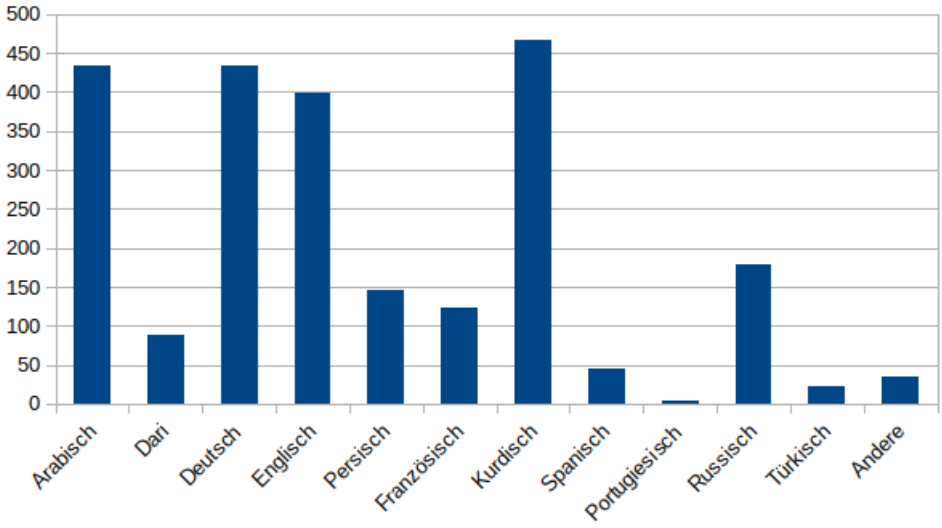

Abbildung 2.3: Hauptberatungssprachen (umfasst auch eingesetzte Sprachmittler*innen)

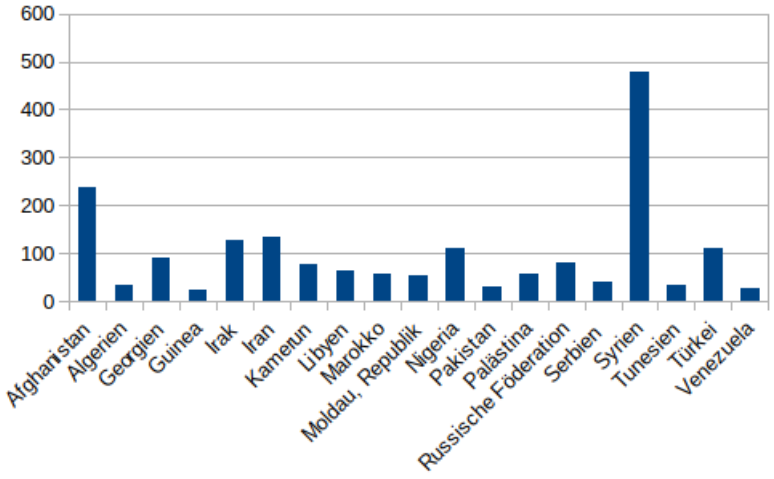

Abbildung 2.4: Hauptherkunftsländer

2.2 Niedrigschwellige Sozialberatung & Ausfüllhilfe

2022 konnten wir wieder viele Menschen beim Verstehen und Verfassen von Briefen, dem Ausfüllen von Anträgen für Kindergeld und WBS sowie zu Fragen rund um Leistungen von

Jobcenter und LAF unterstützen. Unser Ziel bleibt es, schnell und unbürokratisch Unterstützung anzubieten. Unser Angebot ist bewusst niedrigschwellig, sodass möglichst viele geflüchtete und migrierte Menschen - unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus - Zugang haben.

Neben einer regelmäßigen Terminberatung an Mittwoch- und Freitagnachmittagen konnten wir 2022 vermehrt spontane Beratung vor Ort anbieten. Diese ist für viele Ratsuchende niedrigschwelliger als die Terminberatung und war sehr nachgefragt. Insgesamt haben sich das offene und das Terminangebot fruchtbar ergänzt. Dank engagierter Praktikant*innen und Ehrenamtlicher gelang es uns, vielen Ratsuchenden schnell Unterstützung anzubieten. Damit konnte verhindert werden, dass sich existierende Probleme durch verpasste Fristen u.ä. noch weiter verschlimmerten.

Das gesamte Jahr 2022 war von zahlreichen Anfragen von Menschen geprägt, die vor dem Angriffskrieg Russlands in der Ukraine geflohen sind. Viele Geflüchtete und Unterstützer*innen wendeten sich an uns, um Informationen zu den aktuellen Regelungen und Gesetzen sowie Zugängen zu Wohnungen und Sozialleistungen zu erhalten. Ukrainer*innen unterstützen wir v.a. beim Ausfüllen von Anträgen und der allgemeinen Orientierung. Viele Drittstaatsangehörige, die vor dem Krieg in der Ukraine gelebt haben, hatten drängende Fragen rund um ihren rechtlichen Status und ihren Verbleib in Deutschland. Diese haben wir vielfach in unsere Rechtsberatung vermittelt.

Das Team der Sozialberatung besteht aktuell aus zwei hauptamtlichen und etwa 30 ehrenamtlichen Personen. Viele davon absolvieren ein Praktikum in der KuB, häufig als Teil des Studiums der Sozialen Arbeit. Aufgrund der personellen Fluktuation und sich wandelnder Bedarfe bildet das Team sich immer wieder zu beratungsrelevanten Themen fort. 2022 gab es Fortbildungen zum Asyl- und Aufenthaltsrecht sowie zum Sozialrecht und Jobcenter. Außerdem konnten wir in diesem Jahr erstmals eine regelmäßige externe Supervision für das Team anbieten. In den Supervisionsstunden fanden wir einen Raum der Reflektion über die emotionalen Herausforderungen unserer Arbeit sowie das Zusammenspiel von Privilegien und Benachteiligungen.

Wir konnten 2022 dank der vielen engagierten Ehrenamtlichen und Praktikant*innen Sozialberatung in den folgenden Sprachen anbieten: Deutsch, Englisch, Russisch, Französisch, Arabisch, Farsi/Dari, Paschtu, Somali, Türkisch und Spanisch. Die Hauptherkunftsländer entsprechen denen der offenen Rechtsberatung. Unter den Ratsuchenden sind neben geflüchteten Menschen aber auch schon lange in Berlin lebende migrierte Menschen und Menschen, die nie das Asylverfahren durchlaufen haben.

2.3 Psychosoziale Beratung

2022 war ein turbulentes Jahr, das geprägt war von der weltweit anhaltende Krise durch Covid-19, die Machtübernahme der Taliban in Afghanistan, einen Krieg in Europa und die feministische Revolution in Iran (zusätzlich zu anderen Kriegen oder Menschenrechtsverletzungen weltweit). Auch bei uns in der Psychosozialen Beratungen haben sich diese Ereignisse widergespiegelt. Trotz der damit verbundenen Herausforderungen in unserer Tätigkeit, gelang es uns in der psychosozialen Beratung auch im Jahr 2022, Ratsuchenden kontinuierlich Unterstützung bei psychischen Belastungen anzubieten. Wir berieten Menschen in akuten Krisensituationen, bei psychischen Problemen, mit traumatischen Flucht- und Gewalterfahrungen, familiären Konflikten, Einsamkeit und Diskriminierungserfahrungen.

Die psychosoziale Versorgung geflüchteter Menschen in Berlin bekommt immer noch zu wenig Aufmerksamkeit, allerdings haben wir seit dem Krieg in der Ukraine ein wachsendes gesellschaftliches Interesse beobachtet. Vermehrt kamen Unterstützungsangebote rein; dies war erfreulich, vor allem da viele dieser Angebote nicht allein durch das Herkunftsland der neuen Geflüchteten bedingt waren. So hat z.B. die Vizepräsidentin der Psychotherapeut*innenkammer bestehende Strukturen der psychosozialen Versorgung der Geflüchteten und Ersthelfer*innen in Berlin, so auch uns, zu einer stetigen Austauschrunde eingeladen. Diese geht im November bereits in die vierte Runde. Wir sind gespannt zu welchen Ergebnissen der Austausch führt. Solange es nicht eine selbstverständliche Leistung des Regelsystems in der Gesundheitsversorgung ist, werden wir auf diese Art und Weise unseren Beitrag dazu leisten!

Auch wenn unser Angebot nun meist wieder in Präsenz stattfindet, haben wir uns die kreativen und flexible Wege Beratung zu machen beibehalten und bieten vereinzelt auch weiterhin telefonische Beratung, Online-Beratung oder Beratung im Freien an. So wird eine Beratung, aufgrund von verschiedenen Hürden, nun schon seit einem Jahr ausschließlich per Videokonferenz geführt und sogar durch Sprachmittlung begleitet. Dieses Setting funktioniert gut, bringt aber auch unterschiedliche Herausforderungen mit sich.

In den Gesprächen wird nach wie vor versucht eine erste Entlastung und Orientierung der Klient*innen zu ermöglichen, sowie gleichzeitig gemeinsam das weitere Vorgehen (z.B. Einzelgespräche, an andere Stellen weitervermitteln, etc.) herausgearbeitet. Dadurch kann ein passgenaues Clearing stattfinden, welches mit den Ratsuchenden gemeinsam weitere Entscheidungen vorbereitet und ermöglicht. Insgesamt wurden im Jahr 2022 in der psychosozialen Beratung 302 Beratungsgespräche durchgeführt. Dies zeigt, dass der Bedarf an unserem Angebot gleichbleibend hoch ist und auf diesem hohen Niveau verweilt.

Erfreulicher Weise haben wir in diesem Jahr drei neue Kolleg*innen im Ehrenamt dazugewonnen, die unseren Erfahrungsschatz sowie unsere Sprachkompetenzen erweitert haben. Die neuen ehrenamtlichen Kolleg*innen aus dem Jahr 2021 sind alle aktiv dabei geblieben, sodass wir mittlerweile eine sehr stabile Fachgruppe sind. Unsere Hintergründe, Herkunftsländer, Sprachkenntnisse, Migrationserfahrungen und Positionierungen sind unterschiedlich. So können wir verschiedenen Bedarfen und Wünschen der Ratsuchenden gerechter werden und z.B. geschlechtsspezifisch und auf verschiedenen Sprachen wie Deutsch, Englisch, Russisch, Französisch, Kurdisch, Türkisch und Portugiesisch beraten. Neben der muttersprachlichen Beratung können wir durch regelmäßige Einbeziehung von Sprachmittlung Beratungen in allen Herkunftssprachen unserer Ratsuchenden ermöglichen. Auch von der fachlichen Diversität unserer Fachgruppe profitieren wir stets, da ein breites Spektrum an Methoden aus verschiedenen psychologischen Fachrichtungen angeboten werden kann (u.a. Elemente der verhaltenstherapeutischen, psychodynamischen und systemischen Theorie). So kommt es des Öfteren auch zu spannenden Diskussionen innerhalb der Fachgruppe.

Weiterhin haben wir als Fachgruppe entlastende Gespräche für Kolleg*innen angeboten, welche vereinzelt wahrgenommen wurden. In diesem Jahr hat die psychosoziale Beratung

zwei interne Workshops und Fortbildungen zu den Themen „Moderation“ und „Schwierige Situationen“ angeboten. Geplant ist dieses Jahr noch ein weiterer Workshop. Zusätzlich freuen wir uns Ende November auf eine Fortbildung unserer Fachgruppe zur rassismuskritischer Beratungsarbeit mit Eben Louw.

2.4 Frauenberatung

2.4.1 Zahlenmäßige Darstellung der Beratungstätigkeit

In der KuB-Frauenfachstelle wurden 2022 insgesamt 146 schutzbedürftige Personen als Hauptbegünstigte erreicht. Zusätzlich profitierten 126 weitere Begünstigte von den Beratungen, darunter hauptsächlich minderjährige begleitende Familienangehörige, die selber besonders schutzbedürftig waren. Insgesamt fanden 590 Beratungsgespräche statt.

Die meisten Ratsuchenden kam aus afrikanischen (über ein Drittel) und asiatischen Ländern (etwas weniger als ein Drittel). Die weiteren Ratsuchenden kamen aus europäischen und vereinzelt aus lateinamerikanischen Herkunftsländern. Bei etwa 15 % der Ratsuchenden wurde das Herkunftsland nicht erfasst, meist weil es für die Beratungsanliegen nicht relevant war. Die beiden am stärksten vertretenen Herkunftsländer waren Kamerun und Afghanistan, gefolgt von den europäischen Ländern Georgien und Moldau, sowie Kenia. Es wurden 38 verschiedene Herkunftsländer erfasst.

Unabhängig von den Herkunftsländern waren geschlechtsspezifische Gewalt und ihre Folgen bei einem großen Teil unserer Adressat*innen ein wichtiges Beratungsthema. Die Gewaltbetroffenheit war dabei in der Regel nur eines von mehreren Schutzbedürftigkeitsmerkmalen, die sich mit weiteren wie z.B. Schwangerschaft, Situation als Alleinerziehende und psychischen oder körperlichen Erkrankungen überlappte.

2.4.2 Inhaltliche Darstellung der Beratungstätigkeit

Auch das Jahr 2022 war geprägt von neuen Herausforderungen und großen, sowohl internen als auch externen, Veränderungen.

Im Laufe des Jahres gab es viele personelle Wechsel in unserem Beratungsteam durch zwei Elternzeitvertretungen und drei Neubesetzungen. Mit Unterstützung einer Arbeitsgruppe aus den KuB-Strukturen wurde der Umbruch begleitet. Es ist trotz kürzerer Vakanzen, der erforderlichen Einarbeitung der neuen Kolleg*innen und der damit einhergehenden Team-Prozesse gelungen, auch anstehende konzeptionelle Veränderungen durch eine Umstrukturierung des Berliner Netzwerks für besonders schutzbedürftige Geflüchtetete (BNS) umzusetzen. Die konkrete Beratungsarbeit wurde von Oktober bis Dezember mit zwei Beraterinnen auf Minijob-Basis und einer russischsprachigen Sprachmittlerin gestärkt, so dass trotz vieler paralleler Einarbeitungsprozesse bald wieder mehr Beratungen angeboten werden konnten.

Im Verlauf des Beratungsjahres 2022 sind wir wieder verstärkt in die persönliche Beratung vor Ort zurückgekehrt.

Der Zugang zu den Behörden war für die Ratsuchenden und uns weiterhin stark erschwert. Oft herrschten Unklarheiten, wie Behörden zu erreichen sind, ob persönliche Sprechstunden stattfinden und ob Begleitungen möglich sind. Uns sind mehrere Fälle bekannt, in denen Ratsuchende weggeschickt wurden, obwohl laut der aktuell verfügbaren Informationen auf der Website der Zugang zur Behörde gegeben sein sollte. Diese Unklarheiten erschwerten auch die Beratungssituationen. Telefonisch waren manche Behörde so gut wie nie erreichbar und auf E-Mails wurde oft nur stark verzögert geantwortet. Insgesamt mussten deutlich mehr Beratungskapazitäten darauf angewandt werden, überhaupt Zugänge zu den Behörden zu schaffen bzw. sich alternative Notlösungen zu überlegen.

Begleitungen fanden vor diesem Hintergrund kaum statt und mussten, wenn doch, oft vehement durchgesetzt werden.

Zusätzlich zu den bereits bestehenden pandemiebedingten Schwierigkeiten und Unklarheiten kam es aufgrund des Ukraine-Krieges und der daraus resultierenden Fluchtbewegung zu einer krassen Überlastung der Berliner Behörden und des Aufnahmesystems.

Die Registrierung von Asylsuchenden im Ankunftszentrum Berlin dauert sehr lang, was einen verzögerten Zugang auch der vulnerablen Schutzsuchenden zu den ihnen zustehen-

den Grundleistungen wie Unterkunft, Geldleistungen und Gesundheitsversorgung zur Folge hat.

Durch lange Bearbeitungszeiten der Anmeldungen bei den Krankenversicherungen verzögerte sich die Aushändigung von Krankenkassenkarten an die Ratsuchenden, was den Zugang zur ärztlichen Behandlung stark erschwerte, wobei auch in dringenden Situationen aufgrund von nicht ausgeglichener Überlastung und schweren Erreichbarkeiten kaum eine Beschleunigung erreicht werden konnte. Die niedrigschwelligen Berliner Beratungsangebote im medizinischen Bereich, die für Menschen ohne Krankenversicherung zugänglich sind, sind unter diesem Andrang fast zusammengebrochen. Auch wenn das Problem seit Langem bekannt ist und immer wieder angesprochen wird, zeichnet sich bisher keine Verbesserung ab.

Auch die Unterbringungssituation hat sich stark verschlechtert. Die Unterkünfte sind voll bzw. überfüllt, worunter alle Bewohner*innen leiden. Die Betreuung durch Sozialarbeiter*innen vor Ort ist eingeschränkt, wodurch wir mehr Aufgaben übernehmen mussten.

Durch die vielfältigen belastenden Faktoren benötigen viele Ratsuchende auch verstärkt psychosoziale / psychotherapeutische Unterstützung, die wir nur in einem kleinen Rahmen leisten können. Die Weiterleitung / Anbindung an passende Angebote ist verstärkt in unserem Beratungsalltag aufgetaucht.

Die Überlastung seit Beginn des Ukraine-Kriegs betrifft auch die Berliner Ausländerbehörde. Nach wie vor kann die Behörde nur mit Termin betreten werden, eine Terminvergabe erfolgt oft aber nur mehrere Monate im Voraus. Dringende Probleme lassen sich kaum zeitnah lösen bzw. erfordert dies einen hohen Aufwand. Auch hier gilt, dass oft nicht klar ist wie der Zugang zur Behörde ausgestaltet ist und es sehr unterschiedlich ist, ob unseren Ratsuchenden und uns als Begleitpersonen der Zugang gelingt.

Besonders bei der Beratung von schwangeren Personen hat dies zu Verschärfungen ihrer Situation geführt. Termine zur Beantragung der Schwangerschaftsduldung können nur per Email vereinbart werden, die Wartezeiten auf einen Termin können Monate betragen. Dies ist für die hochschwangeren, häufig in prekären aufenthaltsrechtlichen Situationen lebenden Frauen nicht tragbar. Sie sind auf die Sozialleistungen, eine Krankenversicherung und eine

sichere Unterkunft besonders angewiesen, um die sensible Zeit um die Geburt eines Kindes herum physisch und psychisch zu überstehen. Hier eine Verbesserung des Zugangs zu erreichen ist uns ein besonderes Anliegen.

Ebenso kam es bei der Verlängerung von aufenthaltsrechtlichen Ausweisdokumenten von ausreisepflichtigen Menschen zu erheblichen Verzögerungen, was für die Betroffenen zu prekären Situationen und Schwierigkeiten bei der Inanspruchnahme existenzsichernde Grundleistungen führte. Denn andere Behörden sowie Arbeitgebende sind in der Regel nicht über die Praxis des LEA informiert, was im Zweifel zum Verlust von Sozialleistungen, Arbeitsplätzen und Unterkunft führt, wenn nicht von unserer Stelle interveniert wird.

Weiterhin war es uns nicht möglich den anhaltend hohen Bedarf an Beratung berlinweit abzudecken, sodass Anfragen an andere Beratungsstellen weiterverwiesen werden mussten.

Die Frauenberatung fungiert als Fachstelle für Schwangere, Alleinerziehende und gewaltbetroffene Frauen im BNS. Im Rahmen dieses Netzwerkes erfolgte kontinuierlicher fachlicher Austausch und es wurde daran mitgewirkt, breiter auf Duldungsrechte schwangerer Personen in Berlin hinzuweisen, um ihre Durchsetzung zu verbessern.

2.5 Sprachmittlung und Begleitung

Sprachmittlungen sind notwendig, um die Verständigung bei Beratungen, im Schriftverkehr und bei Behördengängen zu ermöglichen. Indem Ratsuchende die Inhalte sowie die Vorgänge von Beratungen und im Kontakt mit Behörden verstehen, werden sie ermächtigt, selbstständig Entscheidungen zu treffen und daraufhin zu handeln. Das sind wichtige Voraussetzungen für gesellschaftliche Teilhabe.

In der KuB wird in vielen verschiedenen Sprachen beraten. Die Berater*innen sprechen immer zumindest eine und oftmals auch mehrere Fremdsprachen, so dass sie selbst mit den Ratsuchenden sprechen können. Wenn es zwischen Berater*in und Ratsuchenden keine gemeinsame Sprachbasis gibt, konnten wir auf unseren umfangreichen Pool von Sprachmittler*innen zurückgreifen. Zurzeit unterstützen uns über 80 ehrenamtliche Sprachmittler*innen in den Beratungsangeboten.

Wir konnten im Frühjahr 2022 sechs neue ehrenamtliche Ukrainisch- und Russisch-Sprachmittler*innen gewinnen. Zudem gibt es seit September 2022 dank entsprechender Finanzierungsmöglichkeit eine angestellte Person für Russisch-Sprachmittlungen.

Insgesamt fanden im vergangenen Jahr Sprachmittlungen und Begleitungen in folgenden Sprachen statt: Russisch, Farsi/Dari, Französisch, Arabisch, Türkisch, Spanisch, Kurdisch, Ukrainisch, Portugiesisch, Vietnamesisch, Italienisch, Englisch, Polnisch und Serbisch.

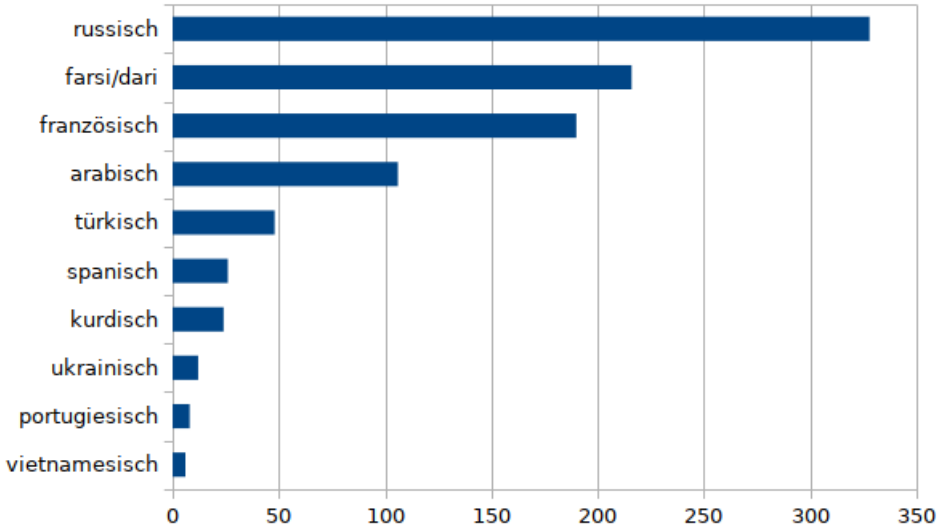

Abbildung 2.5: Begleitung und Sprachmittlung nach Sprachen (01.07.2021 - 30.06.2022)

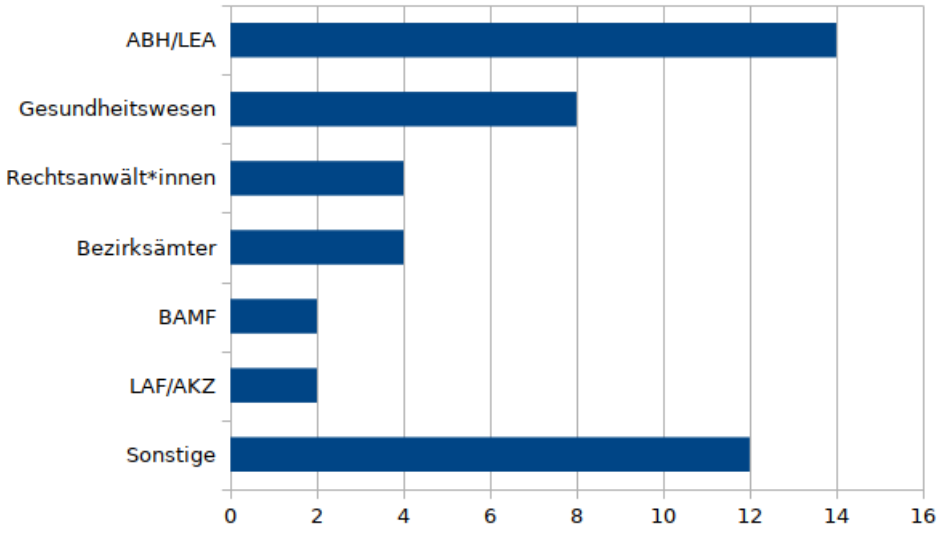

Abbildung 2.6: Begleitung nach Orten (01.07.2021 - 30.06.2022)

Kapitel 3

Gruppenangebote

3.1 Deutsch lernen

3.1.1 Alphabetisierungs- und Deutschkurse

Zu Beginn des Jahres 2022 mussten sich die Deutschkurse der KuB noch an viele Einschränkungen bezüglich des Infektionsschutzes anpassen. Die Anzahl der Teilnehmer*innen war geringer und viele Kurse haben nur online stattgefunden.

Das hat sich aber mit dem Sommersemester geändert: Die Kurse wurden seitdem entweder nur in Präsenz oder in einem gemischten Format (ein Termin in Präsenz und einer online) angeboten, sodass keine Teilnehmer*innen an dem Kursangebot aus technischen Gründen komplett ausgeschlossen bleiben.

Zuletzt, für den Beginn des Wintersemesters, konnten wir die Deutschkurse wieder komplett niedrigschwellig anbieten, indem wir die Anmeldungen in Präsenz organisieren. Wie vor der Pandemie haben wir am 14. Oktober circa 80 zum Deutschlernen motivierte Menschen im Foyer empfangen. Etwa 50 konnten wir an dem Tag einen Platz in unseren Kursen anbieten. Den anderen konnten wir ein paar Adressen an die Hand geben.

Wie üblich waren die Plätze in den Anfänger*innenkursen rasch belegt. Alphabetisierung, A1.1 und A1.2 bleiben die meistgesuchten Kurse. Für die anderen Lernstufen A2.1, A2.2 und

B1 blieben noch Plätze übrig. Für diese und auch für die Plätze in den Anfänger*innenkursen, die im Laufe des Semesters frei werden, haben wir eine Sprechstunde eingerichtet, die jeden zweiten Mittwoch stattfindet. Die Sprechstunde dient nicht nur der Anmeldung in unseren Kursen, sondern auch einer umfangreicheren Beratung. In der Tat ist uns aufgefallen, dass viele Geflüchtete, die zu uns kommen, doch an anderen Angeboten, wie Integrationskursen, kostenlosen Kursen für Geflüchtete der VHS und berufsvorbereitenden Maßnahmen teilnehmen dürfen. Da ist es wichtig, sie an die richtigen Stellen weiterleiten zu können.

Im Allgemeinen haben sich unsere Arbeitsbedingungen verbessert: Es gibt jetzt neue Bücher, die uns zum größten Teil gespendet wurden. Es finden sich mehr Menschen, die ihre Freizeit in diese wertvolle ehrenamtliche Tätigkeit investieren wollen, als während der Pandemiezeit und es wurden auch mehr Eigenmittel für die Stabilisierung und Verbesserung des Angebotes aufgewendet: Zum einen in der Bezahlung von Ehrenamtspauschalen, zum anderen in der Schaffung einer Viertelstelle zusätzlich zu der Teilzeitstelle der Koordination.

Es ergibt sich daraus ein besseres und regelmäßigeres Deutschkursangebot, aber auch eine bessere Beratung der Anfragen.

Trotz aller dieser Verbesserungen und auch wenn die maximale Anzahl der Teilnehmer*innen in den Kursen wieder so hoch wie vor der Pandemie liegt, ist die Anfrage auch höher geworden, sodass wir neuen Herausforderungen ausgesetzt sind.

Mit dem Krieg in der Ukraine kommen vermehrt Menschen auf uns zu. Auch wenn jetzt nicht nur ukrainische Staatsbürger*innen, sondern unter Umständen auch Drittstaatler*innen, die aus der Ukraine fliehen mussten, Zugang zu Integrationskursen bekommen, sind die institutionellen Infrastrukturen in Berlin nicht für die vermehrte Nachfrage ausreichend. Deshalb müssen sie lange auf einen Platz warten.

Ziemlich ungünstige Zustände, vor allem für Menschen mit Anspruch auf den vorübergehenden Schutz nach §24 AufenthG: Deren Aufenthaltsstatus wird an hohe Voraussetzungen gekoppelt, u.a. die Deutschsprachkenntnisse. Deshalb können sie nicht lange warten, um mit dem Erlernen der Sprache zu starten. Leider sind die Wartelisten bei den Integrationskursträgern ziemlich lang. . . .

Auch nicht selten sind die Integrationskurse nicht passend für die Menschen, die sie besuchen können. Ein Beispiel: Menschen mit geistiger und/oder körperlicher Behinderung und/oder die psychisch belastet sind, können schwer an einem Angebot, das an vier Tagen der Woche über vier Stunden oder mehr stattfindet, teilnehmen. Da eignen sich unsere Deutschkurse, die zweimal die Woche über zwei Stunden dauern, besonders gut. Auch für Menschen, die tagsüber arbeiten müssen, sind die Abendstunden unserer Kurse besonders geeignet.

Das heißt also, dass wir nicht nur die Menschen, die ohnehin ungerechterweise keine Kostenübernahme für den Besuch eines Integrationskurses bekommen, in unseren kleinen aber feinen Kursen aufnehmen – so der Fall von den vielen Geflüchteten mit Duldung, die von der AsylbLG leben müssen, oder von illegalisierte Geflüchteten – , sondern auch diejenigen, für die theoretisch der Staat aufkommen sollte, dessen Träger aber gerade keine Kapazität haben.

Leider können wir auch mit unserer – vor allem ehrenamtlichen – Kapazität, nicht alle, die zu uns kommen, aufnehmen. Da kommt uns auch die Sprechstunde zu Gute. In der Tat müssen wir viele weiterleiten. Aber wohin? Sei es auf staatlicher Seite bei den Integrationskursträgern, sei es auf informeller und ehrenamtlicher Seite, wie es der Fall der Organisationen im Netzwerk „Deutschkurse für alle“ ist – überall sind die Wartelisten im Anfängerniveau (A1.1 und A1.2) ellenlang.

Auch eine große Lücke in der Bildungslandschaft in Berlin befindet sich in dem Anschluß von UMFs an das Schulsystem. Viele müssen lange warten, bis sie an einer Willkommensklasse teilnehmen dürfen. Und auch da finden funktionale Analphabeten und Zweitschriftlerner keine passende Betreuung.

Weiterhin bleiben barrierefreie und kostenlose Deutschkurse mit Kinderbetreuung Mangelware.

Es ist also längst Zeit, dass die Koalition ihr Versprechen hält. Vor allem in Anbetracht der kommenden Bleiberechtregelung, damit sie keine Chancenfalle wird:

> Integrationskurse werden für Alle geöffnet. Die Teilnahme soll von Anfang an möglich und auf die Bedarfe der Teilnehmenden zugeschnitten sein. Wir werden die Bedingungen für Kursträger, Lehrende und Teilnehmende verbessern. Auch die Berufssprachkurse werden stärker gefördert. (Zitat aus dem Koalitionsvertrag).

Solange der Staat seiner Bildungsaufgabe nicht nachkommt, bleibt die KuB dran.

Tabelle 3.1: Anmeldungen für das Jahr 2022

Alphabetisierung	18
A1.1	65
A1.2	56
A2.1	43
A2.2	30
B1	50

3.1.2 Sprachtandem

Inzwischen ist das KuB-Sprach-Tandem der KuB seit 10 Jahren online. Durch diese Plattform haben Menschen die Möglichkeit, eine*n Sprachpartner*in zu zu finden, um mit ihm*ihr die gewünschte Sprache im gegenseitigen Austausch zu lernen. Diese Möglichkeit haben auch im Jahr 2022 ca. 140 Menschen genutzt.

3.1.3 Deutschkurs-Netzwerk “Deutschkurse für alle!”

Das Netzwerk “Deutschkurse für alle!” besteht aus ca. 20 Initiativen, die kostenlose Deutschkurse in Berlin anbieten. Ziel dieses Netzwerks ist eine Übersicht über das bestehende Angebot an Kursen in Berlin zu erhalten, neue Kurse besser aufeinander abzustimmen, eine bessere Struktur für Interessent*innen zu schaffen (Wohnortnähe, Sprachlevel, etc.), eine Austauschmöglichkeit für Lehrende und Akteur*innen zu bieten, Raum- und Materialbörsen zu errichten, den Aufbau neuer Deutschkurse zu unterstützen und eine Plattform zu schaf-

fen, um Menschen, die Lust haben zu unterrichten, an Initiativen mit Lehrer*innen-Bedarf zu vermitteln.

3.1.4 Ausflüge

Nachdem im Jahr davor aufgrund der Covid-19-Pandemie und den damit einhergehenden Beschränkungen nur ein Ausflug stattfand, konnten wir März 2022 endlich wieder monatlich Ausflüge für Deutschkurs-Teilnehmende der KuB anbieten.

Wir besuchten gemeinsam das Technikmuseum, den offenen Tag der Philharmonie, fuhren mit dem Schiff über die Spree, besuchten die Sternwarte sowie den Zoologischen Garten und picknickten im Treptower Park, trafen uns abends zum Bowlen und besuchten im Winter den Weihnachtsmarkt sowie die Terrasse und eine Ausstellung im Humboldt-Forum.

Wegen der langen Corona-bedingten Pause mussten wir uns ganz neu den Deutschkurs-Teilnehmenden vorstellen und langsam das Vertrauen und die Kontakte aufbauen. Die Deutschkurs-Lehrenden halfen uns dabei, indem sie in den Kursen über die Ausflüge redeten und selbst an den Ausflügen teilnahmen.

Dank einer Spende von LeaveNoOneBehind können wir seit Sommer auch kostenintensivere Ausflüge anbieten und planen für das nächste Jahr einen gemeinsamen Sonntags-Ausflug an die Ostsee. Die Deutschkurs-Ausflüge finden einmal im Monat, meist Sonntagsnachmittag, statt. Alle sind willkommen, Deutschkurs-Teilnehmende und -lehrende sowie deren Freund*innen und Familie. Die Ausflüge sind kostenlos. Durch die gemeinsamen Exkursionen können Kontakte in der Gruppe ausgebaut und neue Beziehungen aufgebaut werden, und natürlich geht es auch darum, Berlin zu entdecken und gemeinsam Spaß zu haben.

3.2 Kunstprojekt

Das Kunstprojekt der KuB startete am 6. Mai und ging bis zum 9. Dezember 2022. Es wurde in Zusammenarbeit mit dem AWO Kreisverband Berlin-Mitte e.V. durchgeführt. An dem Projekt beteiligt waren eine Projektkoordination auf Honorarbasis, sowie drei Ehrenamtliche. Es wurde für die jungen Menschen, die im Marie-Schlei-Haus in Berlin-Reinickendorf leben, entwickelt.

Mit dem Ansatz der künstlerischen Vermittlung eröffnete das Kunstprojekt im Wesentlichen einen Raum der Interaktion zwischen der Gruppe und der Kunst. Dabei wurde der Wert des künstlerischen Schaffens als Mittel der Kommunikation und Katharsis, sowie als präventive Maßnahme für die physische und psychische Gesundheit der Teilnehmenden anerkannt.

Die Hauptziele des Projekts waren:

1. Die Beziehungen innerhalb der Gruppe zu stärken
2. Die Beziehung der Gruppe zum künstlerischen Schaffen zu stärken. Die Kunst wurde als eine Freundin präsentiert, auf die die Teilnehmenden für den Rest ihres Lebens zählen können, ebenso wie als einen gesunden Mechanismus, um Ideen und Gefühle in eine Schöpfung umzuwandeln und somit ihr Leben zu verarbeiten und auszudrücken
3. Eine kritische Begleitung zu bieten, die das Selbstvertrauen, das kritische Denken und die Kreativität der Gruppe fördert und auf Mobbing und Diskriminierung achtet.

Die Sitzungen des Projekts fanden im Gemeinschaftsraum im Erdgeschoss des Gebäudes statt, in dem die Jugendlichen wohnten, so dass sie kommen und gehen konnten, wann sie wollten. Die Teilnahme an dem Projekt war freiwillig, ebenso wie die Beteiligung an den vorgeschlagenen Aktivitäten.

Im Laufe von sieben Monaten nahmen 25 junge Menschen aus elf verschiedenen Ländern im Alter zwischen 4 und 14 Jahren an dem Projekt teil, indem sie sich an den vorgeschlagenen Kunstspielen beteiligten, die Zeichnen, Malen, Collagen, Bildhauerei, Tanzen und Theater beinhalteten, oder indem sie frei mit dem vorhandenen Kunstmaterial arbeiteten.

Die Herangehensweise an das künstlerische Schaffen basierte auf der Aufwertung der kreativen und künstlerischen Fähigkeiten der Jugendlichen, der Diskreditierung des Realismus als Ideal beim Zeichnen und Malen, der Förderung der Freude am Prozess statt am Endergebnis und dem Versuch, eine positive und “leichtere” Beziehung zum Kunstmachen zu dekonstruieren und zu rekonstruieren. In jeder Sitzung wurden ein oder mehrere Kunstspiele vorgeschlagen. Da die Gruppe verschiedene Sprachen sprach und unterschiedliche Kenntnisse der deutschen Sprache hatte, wurden die Vorschläge auf einfache und kurze Weise oder auf nonverbale Weise gemacht. Oft durch das Anbieten von Beispielen, die es den Kindern ermöglichten, ihre eigene Version des vorgeschlagenen Kunstspiels zu schaffen, während sie Musik hörten.

Das Projekt hatte drei Meilensteine: Die erste Phase konzentrierte sich auf das gegenseitige Kennenlernen und das Gestalten mit Kunstmaterialien, die der Gruppe vertraut waren, die zweite beinhaltete das Kennenlernen anderer Kunstmaterialien und Kunstarten, und der letz-

te Teil des Projekts konzentrierte sich auf die Vorbereitung der Abschlussveranstaltung/Ausstellung (von den Kindern auch als Party bezeichnet).

Während des gesamten Projekts wurde ein systematischer Dialog zwischen der Projektkoordinatorin, den Freiwilligen des Projekts, den Kinderbetreuer*innen des Marie-Schlei-Hauses und der Psychologin der KuB eingerichtet, um die Qualität der Begleitung zu verbessern und besser auf Fälle von Mobbing und Diskriminierung zu reagieren.

Die Abschlussveranstaltung des Projekts fand als Ausstellung in einem Raum statt, der mit Zeichnungen, Gemälden, Skulpturen und Fotos gefüllt war, die die Gruppe angefertigt hatte. Sie beinhaltete auch die Übergabe von Teilnahmeurkunden mit Applaus, zusammen mit einem Buch, das eine Zusammenstellung der von jedem Gruppenmitglied angefertigten Zeichnungen enthielt. Zusätzlich dazu noch die Visualisierung eines Films, der mehrere von der Gruppe angefertigte Fotos und Videos enthielt und die Visualisierung eines Videos, in dem ihre Zeichnungen animiert wurden.

Ein großes Dankeschön gilt insbesondere den drei ehrenamtlich am Projekt beteiligten, die ihre Zeit und Energie als Freiwillige zur Verfügung gestellt haben!

Abbildung 3.1: Einige der Bilder, die beim Kunstprojekt entstanden sind

Kapitel 4

Sonstige Projekte

4.1 Hörbücherei für persisch sprechende Blinde

Die seit 2001 existierende persische Hörbücherei geht aus einer 2000 gegründeten Selbsthilfegruppe für Persisch sprechenden blinde Geflüchtete und Migrant*innen hervor. Ali Tinaye-Therani, selbst blind, hatte die Idee für eine Hörbücherei und ist bis heute der Hauptverantwortliche für das Projekt. Die Hörbücherei wird fast ausschließlich von betroffenen farsisprachigen Blinden selbst organisiert und ist daher durch die Komponenten Selbsthilfe und Selbstorganisation bestimmt. Die KuB unterstützt die Hörbücherei hauptsächlich finanziell und administrativ.

Die Hörbücherei stellte kostenlose digitale Hörbücher zur Verfügung. Sie bietet blinden Menschen im Iran sowie farsisprachigen blinden Migrant*innen weltweit die Möglichkeit, sich selbst zu organisieren und weiterzubilden, sich auszutauschen und zu vernetzen. Der Zugang zu persischer Literatur für Blinde ist schwierig und thematisch eingegrenzt – besonders was Literatur angeht, die in den Herkunftsstaaten verboten ist, aber stark nachgefragt wird.

Das Angebot der Hörbücherei ist in 2022 weiter gewachsen, wenn auch nicht mehr so schnell wie in den Jahren zuvor. Bislang wurden bereits über 1000 Hörbücher im Rahmen des Projekts vertont und im MP3-Format bereitgestellt.

4.2 Referent*innenpool

Im Rahmen des Referent*innenpools bieten wir seit 2015 Vorträge, Fortbildungen, Seminare, Workshops und Schulprojekttage zu folgenden Themen an:

- Asylverfahren und Aufenthaltsrecht für Anfänger und Fortgeschrittene
- soziale Rechte und Lebensbedingungen von Geflüchteten in Deutschland und Berlin
- Dublin III-Verordnung
- kritische Soziale Arbeit im Handlungsfeld Flucht und Migration
- Reflexion über die eigene Haltung und Rolle (Paternalismuskritik)
- Argumentationen gegen Vorurteile und Mythen (Stammtischparolen)
- Social Justice & Diversity Training
- Strukturelle Diskriminierung und Intersektionalität
- Rassismuskritische und diversitybewusste soziale Arbeit
- Rechtsdienstleistungsgesetz anwenden - Beratungsqualität sichern
- Historische Kontinuitäten: Was hat Kolonialismus mit Migration heute zu tun?
- Was ist ein (psychologisches) Trauma
- Empowernde Beratung
- Gruppenmoderation und/oder Gruppenmediation
- Kommunikation in Konflikten

Ein Großteil der Fortbildungen findet seit Sommer 2022 wieder in Präsenz statt. Nicht allen Anfragen konnten wir vollends nachkommen, aber über die Hälfte mit Angeboten begegnen. Ein gewichtiger Teil der Anfragen kam von Kooperationspartnern bzw. Stellen die Ratsuchende an uns weiterleiten. Unsere Referent*innen sind u.a. Jurist*innen und Politik- und Sozialwissenschaftler*innen. Sie verfügen durchgängig über mehrjährige Erfahrungen in der Flüchtlings- und Migrationsarbeit und sind teilweise als Anwält*innen tätig, einige verfassen gerade Doktorarbeiten zu einschlägigen Themen, während andere bereits promoviert haben. Alle Referent*innen engagieren sich im Rahmen der KuB für mehr Rechte von Geflüchteten und Migrant*innen.

Kapitel 5

Vereinsarbeit

5.1 Gremien- und Öffentlichkeitsarbeit

Auch im Jahr 2022 vertrat die KuB die Interessen ihrer Zielgruppe in einer Vielzahl von Ausschüssen und Gremien. Hierunter fielen:

- der Migrationsrat von Berlin
- der Flüchtlingsrat Berlin
- die Migrationsfachgruppe des DPW Berlin
- das Berliner Netzwerk für besonders schutzbedürftige geflüchtete Menschen (BNS), – hier den Fachstellen für LSBTI Geflüchtete (Schwulenberatung Berlin e.V.), Fachstellen für traumatisierte Geflüchtete und Opfer schwerer Gewalt (Xenion, psychosoziale Hilfen für politisch Verfolgte e.V. und Zentrum Überleben), Fachstelle für Geflüchtete mit Behinderung (Berliner Zentrum für selbstbestimmtes Leben behinderter Menschen e.V.), der Fachstelle für unbegleitete Geflüchtete (KommMit e.V, Beratungszentrum für junge Flüchtlinge und Migranten) und der Asylerstberatung für besonders schutzbedürftige der AWO
- das Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin (ADNB)
- die Soli-Zimmer-Initiative

- der Arbeitskreis Migration und Schwangerschaft beim Zentrum für sexuelle Gesundheit und Familienplanung in Berlin-Charlottenburg
- die AG Migrantinnen der Berliner Anti-Gewalt-Projekte bei SenGPG
- die Quartalstreffen der AWO-Asylberatung zusammen mit GIZ (Gesellschaft für interkulturelles Zusammenleben) und der Asylberatung der Diakonie
- die Vernetzungs- und Austauschtreffen der Verfahrensberatungsstellen in Berlin
- das Netzwerk “Deutschkurse für Alle!”
- das Beratungsstellentreffen des Berliner Flüchtlingsrats

Allmende, der Republikanische Anwältinnen und Anwälte Verein (RAV), die Schlafplatzorga und andere Initiativen nutzen die Räumlichkeiten der KuB für ihre Angebote, Plena oder Workshops. Gegenüber der KuB ist der Kiezladen Bilgisaray, mit dem wir uns austauschen. Deren Räume und Angebote werden von Adressat*innen und Mitarbeitenden der KuB genutzt. Aus der gemeinsamen Nutzung der Räume entstehen auch neue Ideen für gemeinsame Vorhaben oder Anlaufstellen für die Zielgruppe Geflüchteter.

Im Migrationsrat Berlin ist die KuB seit Anfang des Jahres 2009 festes Mitglied. Für die Vernetzung der KuB haben sich auch im Jahr 2022 wieder außer den Sitzungen des Migrationsrats v.a. die Sitzungen der Fachgruppe Migration des Paritätischen Wohlfahrtsverbands sowie die Sitzungen des Flüchtlingsrats Berlin als bedeutungsvoll erwiesen. Im Rahmen des Projektes zur Verfahrensberatung für Geflüchtete organisiert die KuB regelmässige Treffen der senatsgeförderten Verfahrensberatungsstellen und nimmt zusammen mit Vertreter*innen anderer Migrant*innenselbstorganisationen (MSO) an den Treffen der Verfahrensberatungsstellen und der Beauftragten des Berliner Senats für Integration und Migration teil. Hier konnten Bedarfe von MSOs untereinander abgestimmt und an politische Entscheidungsträger*innen kommuniziert werden.

Über diese regelmäßigen Treffen hinaus war die KuB auch im Jahr 2022 wieder an unregelmäßigen bzw. einmalig stattfindenden Treffen und Veranstaltungen beteiligt, wie z.B. die Zusammenarbeit einzelner Berater*innen der FG Rechtsberatung mit dem Tubman Netzwerk, in der mehrere Schulungen zur Situation von Drittstaatsangehörigen aus der Ukraine durchgeführt wurden. Zudem haben sich einige Berater*innen an der Organisation einer

Kundgebung und einer Informationsveranstaltung beteiligt, welche im Rahmen einer Kampagne über die unzureichenden und teilweise sehr negativen Veränderungen durch die Migrationspakete angeboten wurde.

Diese Netzwerkarbeit ist wichtig, um auf die oftmals menschenunwürdigen Lebensbedingungen Geflüchteter in Berlin aufmerksam zu machen, gemeinsam mit anderen Organisationen politische Forderungen zu entwickeln, neue Ehrenamtliche anzuwerben und über die Arbeit mit Geflüchteten und die gesellschaftspolitische Relevanz von kostenlosen Beratungsangeboten und Deutschkursen, gerade in Zeiten der sozialen Isolation, in einen Austausch zu kommen.

Erfreulicherweise konnten 2022 wieder einige Netzwerktreffen in Präsenz stattfinden, wie z.B. die Netzwerktreffen des BNS, was für die wichtigen informellen Gespächs- und Austauschsituationen der Netzwerkarbeit sehr hilfreich war. Insgesamt war die Gremienarbeit der KuB 2022 allerdings nach wie vor von den coronabedingten Einschränkungen geprägt und viele Formate fanden online statt.

In der alltäglichen Beratungsarbeit der drei Beratungsprojekte kooperieren wir mit diversen Beratungsstellen, wie etwa dem Verein Iranischer Flüchtlinge, Al Muntada, Yekmal, der Schlafplatzorga, Basta, dem Medibüro und der Asylerstberatung der AWO, den Zentren für sexuelle Gesundheit und Familienplanung, BIG und verschiedenen Anti-Gewaltberatungsstellen und Frauenhäusern. Zudem ist seit Beginn der Pandemie die gute Zusammenarbeit mit den Sozialbetreuer*innen und Sozialarbeiter*innen in diversen Unterkünften von besonderer Bedeutung für die Rechts- und Sozialberatung. Haupt- und ehrenamtlich Mitarbeitende der KuB besuchten regelmäßig Fortbildungsveranstaltungen z.B. von IntMig oder dem Flüchtlingsrat, am Rande derer auch regelmäßig wichtige Netzwerkarbeit stattfindet.

Im Rahmen der psychosozialen Beratung arbeiten wir fallbezogen und im Sinne einer kollegialen Beratung mit Xenion und dem Zentrum Überleben zusammen. Adressat*innen verweisen wir regelmäßig an die Angebote des Gesundheitszentrums für Flüchtlinge (GZF), den Kontakt- und Beratungsstellen (KBS) – hier besonders in Berlin Mitte - und Medizin hilft.

Die Öffentlichkeitsarbeit der KuB fand wie bereits im letzten Jahr immer mehr auch auf Social-Media-Kanälen (facebook und twitter) statt. Hierüber konnten wir sowohl Adressat*innen

unserer Angebote, als auch Ehrenamtliche, Spender*innen und politische Verbündete erreichen. Öffentlichkeitsarbeit außerhalb virtueller Räume (z.B. durch Redebeiträge auf Demonstrationen) musste auch 2022 pandemiebedingt leider pausiert werden.

5.2 Team und Arbeitsweise

Nachdem unsere Arbeitsweise die letzten beiden Jahre stark von den Corona Einschränkungen betroffen war, konnten wir in 2022 wieder vermehrt zu Präsenzangeboten zurückkehren. Sowohl ein Großteil der Beratungen als auch die Deutschkurse konnten wieder vor Ort stattfinden, was die Niedrigschwelligkeit der Angebote stark erhöhte.

Um möglichst gute Angebote im Sinne unserer Ratsuchenden durchzuführen, waren wir auch dieses Jahr in einem regelmäßigen Austausch über verschiedenen mögliche Arbeitsweisen innerhalb der geltenden Beschränkungen. So haben wir uns dieses Jahr entschieden, die Rechtsberatung wieder von der Terminberatung zu einer offenen Beratung umzustellen, wie es vor der Pandemie üblich war. Auch viele Fachgruppentreffen konnten 2022 wieder in Präsenz stattfinden.

Unser Angebot lebt davon, dass wir uns untereinander kollegial austauschen. So können wir auch Bedarfe erkennen und darauf reagieren. Zum Beispiel konnten wir schnell nach Kriegsbeginn ein zusätzliches Beratungsangebot für Drittstaatsangehörige aus der Ukraine einrichten und mehrere interne Treffen organisieren, um die neu geschaffenen Rechtsinstrumente im Kontext des Krieges gemeinsam zu verarbeiten und uns gegenseitig fortzubilden. Neben dem kollegialen Austausch ist auch die Supervision und zwei mal jährlich stattfindende Zukunftstage ein wichtiger Bestandteil unserer Teamentwicklung.

Auch im Jahr 2022 basierte die Arbeit der KuB auf dem Einsatz der etwa 170 Menschen, die sich ehrenamtlich für uns engagiert haben. Ohne ihre Unterstützung wären die in diesem Bericht zusammengefassten Tätigkeiten nicht möglich gewesen. Einige Personen, zumeist im Bereich Sprachmittlung und Begleitung sowie den Deutschkursen, konnten für ihr Engagement eine Ehrenamtspauschale erhalten. Tatkräftige Unterstützung erfuhren wir von über 30 Menschen, die bei uns ein Praktikum machten – häufig Studierende der Sozialen Arbeit.

Ohne sie wäre vieles in der stattfindenden Form nicht möglich gewesen. Besonders der von Ratsuchenden stark nachgefragte Bereich der Sozialberatung ließ sich so stabilisieren.

Neben dem Hohen ehrenamtlichen Engagement, welches die KuB auszeichnet, war es uns im vergangenen Jahr auch möglich, einer — für unsere Verhältnisse — außergewöhnlich hohen Zahl von Mitarbeiter*innen (24 Personen) ein festes Anstellungsverhältnis anzubieten; diese in einem Umfang zwischen fünf und 36 Stunden in der Woche. Der Umstand, verschiedene Bereiche unserer Arbeit mit den zeitlichen Ressourcen und der Kontinuität fester Stellen ausstatten zu können, war für das Gelingen unserer Arbeit eine ebenso unverzichtbare Bedingung wie das große Engagement der ehrenamtlich Tätigen. Das Team setzt sich zusammen aus Menschen unterschiedlicher geographischer und beruflicher Herkunft, wobei Ausbildungswege in sozialen, psychologischen oder juristischen Berufen die größte Untergruppe bilden.